

Optionen westlicher Politik nach der Tschetschenien-Krise

Vogel, Heinrich

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Vogel, H. (1995). *Optionen westlicher Politik nach der Tschetschenien-Krise*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 8/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45313>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Optionen westlicher Politik nach der Tschetschenien-Krise

Zusammenfassung

Mit der Entscheidung für eine militärische Intervention in Tschetschenien hat die russische Führung ihren Vertrauensvorschuß aufgebraucht. Der bereits jetzt absehbare politische und wirtschaftliche Schaden der Operation ist immens. Über die Konsequenzen für die Machtkonstellation in Moskau hinaus stellen sich Fragen zur Kompetenz, zur demokratischen Orientierung und zur Kalkulierbarkeit russischer Politik. Deshalb müssen die Prämissen westlicher Politik im Verhältnis zu Rußland einer radikalen Überprüfung unterzogen werden. Für deren künftige Gestaltung werden rechtzeitige und deutliche Warnungen vor den Kosten des Einsatzes von Gewalt auch im Innern unverzichtbar. Selbst wenn westliche Regierungen weiter zu Nachsicht neigen sollten - die Reaktion einer schockierten Weltöffentlichkeit hat zur Folge, daß die russische Führung ihre Zeitpläne in laufenden Verhandlungen mit IWF und EU revidieren und ihre Ambitionen auf Zutritt zu prestigeträchtigen Institutionen der Weltpolitik zurückstellen muß. Forderungen nach ökonomischen Sanktionen müssen im Licht der Erfahrungen westlicher Politik im Kalten Krieg überdacht werden. Gerade weil die russische Wirtschaft heute verwundbarer ist denn je, sind die möglichen Effekte einer Kooperationsverweigerung zu prüfen. Denn ob es damit gelingen kann, die russischen Großmachtpolitiker auf den Boden der Tatsachen zu holen, bleibt angesichts der innenpolitischen Entwicklung in Moskau zweifelhaft. Dagegen würden die prekäre Staatlichkeit Rußlands und die noch lebendigen Reformansätze in der russischen Gesellschaft einer zusätzlichen Belastung ausgesetzt. Im Ergebnis wird von nun an mehr kritische Wachsamkeit gegenüber der Politik Rußlands, mehr innerwestliche Konsultation, aber auch mehr Kooperation notwendig sein - letzteres freilich mit anderen Akzenten und anderen politischen Partnern, ergänzend und nicht als Ersatz für zwischenstaatliche Zusammenarbeit.

Das Ende eines Wunschtraums

Nicht erst seit der militärischen Intervention Moskaus in Tschetschenien war das Bild der Entwicklungsperspektiven für die Beziehungen des Westens zu Rußland widersprüchlich. Die Debatte zwischen Optimisten und Skeptikern unter den Analytikern über die Trends der Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik Rußlands nach den Wahlen vom 12. Dezember 1993 gestaltete sich weithin offen. Ob das Glas der Reformen Ende 1994 halb leer oder halb voll war, konnte nicht eindeutig geklärt werden. In den Augen vieler westlicher Beobachter glichen die wachsende Dynamik gesellschaftlicher Kräfte und die Emanzipation einzelner Wachstumsregionen die Schwächen weitgehend aus, die durch den Kontrollverlust eines schwachen Staates, die Kompromißunfähigkeit der Demokraten, die Labilität der russischen Finanz- und Kapitalmärkte sowie die anhaltende Rezession der industriellen Produktion verursacht wurden. Die unübersehbare Labilität der Lage war für andere eher Grund zur Sorge, die Reformen könnten in eine Sackgasse geraten sein und die russische Politik könnte sich auf dem Weg zur Restauration einer problematischen Großmachtpolitik befinden.

Weithin unabhängig vom Verlauf und den Zwischenergebnissen dieser Debatte, letztlich wohl auch unter dem innenpolitischen Druck zur Optimierung der außenpolitischen Bilanzen, entschieden sich die westlichen Führer für eine Politik des Vertrauensvorschlusses, die um so mehr Fragen aufwarf, je öfter sie fortgeschrieben wurde. In den Mittelpunkt rückte die Frage nach der Führungsfähigkeit und demokratischen Orientierung der Person des durch eine neue Verfassung gestärkten Präsidenten. Strukturelle Warnsignale (anhaltende Rezession, Zerfall der Infrastruktur), die Verschleppung überfälliger Reformschritte, Unsicherheit über die Rolle staatlicher Institutionen sowie deren abnehmende Kontrolle über wichtige Gruppen wurden demgegenüber ausgeblendet oder zugunsten von Vertrauenserklärungen vernachlässigt, die in ihrer Wiederholung den Charakter von Glaubensbekenntnissen annahmen.

Nun haben die Brutalität des Vorgehens der Moskauer Führung in Tschetschenien, die Undurchsichtigkeit ihrer Entscheidungsprozesse, ihr Rechtsnihilismus im Umgang mit der Verfassung, ihre Unempfindlichkeit gegenüber der entsetzten eigenen Öffentlichkeit und ihre Gleichgültigkeit gegenüber den Risiken der Intervention auch bei den auf Optimismus eingeschworenen Politikern des Westens einen Schock ausgelöst. Angesichts der aktuellen Krise Rußlands müssen nicht nur die Optionen westlicher Politik, sondern auch deren Prämissen radikal überprüft werden.

Sanktionen oder was sonst?

Die durch Bilder aus Tschetschenien alarmierte Weltöffentlichkeit reagiert mit großer Heftigkeit, und die Politiker des Westens haben Mühe, in dieser Atmosphäre die Balance zu halten. Nun sehen sich die im Recht, die schon früher die Rückkehr zu einer Politik des Containment gegenüber Rußland befürworteten. Rechtfertigungsversuche Moskaus verstärken das Gefühl eines Déjà-vu, indem sie auf Argumentationsmuster aus Breshnews Zeiten zurückgreifen (die brüske Zurückweisung einer "Einmischung in innere Angelegenheiten") und das Ausmaß der Krise mit einer in Sowjetzeiten bewährten Desinformation und mit Hilfe von Drohungen gegenüber den eigenen Medien zu verschleiern suchen. Eine Fortsetzung der westlichen Politik unbedingter Vertrauenserklärungen ist nicht länger zu vertreten.

Andererseits sind die Forderungen nach Sanktionen nur ein Reflex, wo Reflektion angesagt ist, wo Risiken und Chancen kühl abgewogen werden müssen. Es lohnt sich, eine Besinnungspause einzulegen und die Erfahrungen im Ost-West-Verhältnis der Jahre 1960 bis 1990 zu rekapitulieren. Denn nicht erst seit den Jahren des Kalten Krieges steht fest, daß in den zwischenstaatlichen Beziehungen der Erfolg gezielter Strafaktionen und Kooperationsverweigerung höchst unsicher ist. Er hängt ab von der Verwundbarkeit des Sanktionsgegners durch Embargos und Kooperationsverweigerung sowie von seiner Zugänglichkeit für Argumente, die sich auf eine allgemein akzeptierte Logik der Interdependenz beziehen. Die Sowjetunion war in dieser Perspektive denkbar immun gegen Sanktionen. Deshalb war auch in der Vergangenheit die öffentliche Verurteilung von Verstößen gegen Menschenrechte und vertragliche Verpflichtungen das Instrument der ersten Wahl.

Dies gilt auch für die aktuelle Situation. Ein Streit, ob frühzeitige deutliche Warnungen Erfolg gehabt hätten, ist keineswegs müßig. Schließlich war es nicht das erste Mal, daß der Einsatz militärischer Gewalt durch Rußland im Inneren und in der Nachbarschaft der GUS keine ernsthaften und frühzeitigen Re-

aktionen auslösten. Bereits im Jahr 1992 unterblieben Warnsignale und Proteste, die angesichts der bewaffneten Intervention der russischen 14. Armee zugunsten der russischen Minderheit in Moldova, d.h. auf dem Territorium eines Nachbarstaates, angebracht gewesen wären. Im aktuellen Fall Tschetschenien konnten die Vorbereitungen für eine massive militärische Eskalation des innenpolitischen Konflikts nicht im Verborgenen geblieben sein. Sollte es im Vorfeld der Intervention mit Moskau Konsultationen gegeben haben, so wurde die offizielle russische Einschätzung der Erfolgchancen offenbar akzeptiert. Daß die Lageeinschätzung Moskaus in der Entscheidungsphase zu optimistisch und die militärischen Vorbereitungen dilletantisch waren, entlastet die westliche Politik kaum. Dem äußeren Erscheinungsbild nach war die drohende Krise nicht einmal Gegenstand innerwestlicher Konsultationen. In jedem Fall hat westliche Zurückhaltung es versäumt, die Moskauer Führung schon im Vorfeld auf Gefahren eines Kaukasus-Abenteuers, zumindest aber auf die dabei riskierte Verletzung von Verpflichtungen aus dem Budapester Dokument und aus dem KSE-Vertrag aufmerksam zu machen. Die nach den Flächenbombardements in Grosnyj am 11. Januar einsetzende öffentliche Kritik kam in jedem Fall zu spät. Bei den russischen Machteliten scheint sie bis heute auf taube Ohren zu stoßen, und der Zynismus in den internationalen Beziehungen erhält neue Nahrung.

Möglichkeiten westlicher Einwirkung auf die russische Politik ergeben sich aus den russischen Ambitionen auf Vollmitgliedschaft und Mitwirkung im Rahmen der G7, die in Neapel bereits zur "politischen G8" erweitert worden war. Hier können die vereinbarten Konsultationen genutzt werden und dies nicht nur "auf der Arbeitsebene". Gleiches gilt für die im Rahmen des *Program for Peace* gegebenen Mechanismen. Hier wie auch im Rahmen der OSZE ist der Platz für eine offene Diskussion über die Vereinbarkeit des russischen Vorgehens in Tschetschenien mit Vereinbarungen, die die russische Regierung in den letzten Monaten unterschrieben hat. Die Agenda der laufenden Verhandlungen über Kooperation und westliche Hilfe bietet weitere Ansatzpunkte. Die aktuelle Entwicklung in Moskau spricht nicht für eine Beschleunigung der Verhandlungen. Zumindest stellt sich die Frage, ob solche Gespräche auf der bisher üblichen protokollarischen Ebene geführt werden dürfen. In diesem Zusammenhang sind die anstehenden Verhandlungen über die Aufnahme Rußlands in den Europarat, über das Interimsabkommen mit der EU zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, über weitere öffentliche Kredite durch den IWF sowie über eine Erweiterung öffentlicher Kreditgarantien insbesondere durch Deutschland anzuführen. Nicht zuletzt im Blick auf die Polemik der Moskauer "patriotischen" Front gegen die Kooperation mit dem Westen müssen Kreditzusagen eingehalten werden; der Vorwurf der Unzuverlässigkeit wäre sicher. Aber selbst wenn darüberhinaus die für die Politik des Westens Verantwortlichen für eine unbedingte Politik des *Business-as-usual* eintreten (die EU-Kommission hat hier erfreulich deutliche Zeichen dagegen gesetzt) - die Ratifizierungspflicht und der multilaterale Charakter der anstehenden Vertragswerke verleihen der Akzeptanz in der öffentlichen Meinung des Westens eine nicht zu vernachlässigende Bedeutung. Den durch Aufschub der für Moskau äußerst wichtigen Abkommen eintretenden Schaden hat jedenfalls die russische Seite zu vertreten. Ihre Schuldzuweisungen an den Westen sind in ihrer Vordergründigkeit eher ein Beweis schlechten Gewissens.

Auffallend ist die Leichtfertigkeit, mit der die Verantwortlichen in Moskau den Verlust an Good-will in den lebenswichtigen Wirtschaftsverhandlungen Rußlands mit westlichen Partnern und den Effekt vernachlässigten, der von der unübersehbaren Verschlechterung der politischen Rahmenbedingungen auf die Risikoeinschätzung privater Investoren ausgeht. Wirtschaftswissenschaftler in Moskau wissen sehr wohl, daß ein für die Konsolidierung signifikanter Kapitaltransfer nur durch Investitionsentscheidungen privater Anleger in Gang gesetzt werden kann. Die wiederholten Aufforderungen russischer Politiker unterschätzten jedoch bereits in der Vergangenheit die Mindestanforderungen westlicher Investoren. Die Risiken einer akuten Bürgerkriegssituation entwerten jetzt jede noch so sorgfältige Kalkulation der wirtschaftlichen Vor- und Nachteile eines privatwirtschaftlichen Engagements.

Die Diskussion über wirtschaftliche Sanktionen führt zurück in die Logik der Argumentation aus Zeiten des Kalten Krieges. Hier ist schon wieder vergessen, daß Sanktionen bei der Durchsetzung von Menschenrechten und völkerrechtlichen Normen gegenüber den Rechtsvorgängern der heutigen russischen Führung nie kurzfristig wirksam waren. Eine Ausnahme bildete bestenfalls die kurze Periode, in der die sowjetische Führung die Ausreise von Juden und Dissidenten zuließ. Ein Zusammenhang mit dem vom amerikanischen Kongreß beschlossenen Jackson-Vanik-Amendment war nicht auszuschließen. Die im Gefolge des sowjetischen Afghanistan-Abenteuers verhängten Wirtschaftssanktionen des Westens jedenfalls beeindruckten die tief in weltrevolutionäre Träume verstrickte sowjetische Führung in keiner Weise. Heute

steht fest, daß die spätere Wende zu einer Politik des "neuen Denkens" nicht durch westlichen Druck (ideologische Auseinandersetzung, Kooperationskonditionierung und Embargos), sondern erst durch die Einsicht der kommunistischen Parteiführung unter Gorbatschow gefördert wurde, daß die Sowjetunion im Systemwettbewerb nicht bestehen konnte.

Im Licht der jüngsten Entwicklungen steht keineswegs fest, daß die heutige Führung Rußlands in ihren strategischen Entscheidungen von der Einschätzung des eigenen wirtschafts- und außenpolitischen Spielraums bzw. der (Un)Bedingtheit der Kooperationsbereitschaft des Westens beeinflusst wird. Die entscheidende Frage ist, ob sie wenigstens jetzt zu rationalen Überlegungen im Sinne eines solchen Kalküls bereit ist.

Dilemmas westlicher Politik

In der Bewertung der Einflußmöglichkeiten auf die Politik der gegenwärtigen russischen Führung steht die westliche Politik vor einem Dilemma. Zum einen stößt sie immer wieder auf die stereotyp wiederholte Warnung des russischen Außenministers, wonach eine Konditionierung fortgesetzter Kooperation durch den Westen die falschen Kräfte in Rußland stärken müsse. Hier ist zunächst anzumerken, daß Kosyrew selbst auf eine patriotische Großmachtattitüde eingeschwenkt ist und deren Argumentation mit aller ihm zu Gebote stehenden Professionalität vertritt. Insofern hat sich das Schreckgespenst einer durch übermäßigen Druck des Auslands gestärkten antidemokratischen Opposition abgenutzt. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß der russische Staat wegen der Handlungs- und Entschlußfähigkeit seiner Politiker seit langem am Rand der wirtschaftlichen und politischen Destabilisierung balanciert. Der Wegfall selbst vergleichsweise geringer Kapitaltransfers und Kooperationsmöglichkeiten könnte die anhaltende Rezession in unabsehbarer Weise verschärfen und die immer noch lebendigen Reformansätze aushöhlen.

Bei der Analyse ökonomischer Sanktionsmöglichkeiten sind folgende Überlegungen zu berücksichtigen:

1. Die russische Wirtschaft ist heute verwundbarer denn je. Unabhängige Analysen zum Jahreswechsel 1994/95 stehen in unüberbrückbarem Gegensatz zu dem verzweifelten Zweckoptimismus russischer Regierungsprognosen. Sie bestätigen auch die bereits Mitte 1994 geäußerten Zweifel an der Solidität positiver Bewertungen der Wirtschaftsentwicklung, die im Westen systematisch verdrängt worden waren. Die westlichen Regierungen, IWF und G7 hatten sich mit ihren Erfolgserwartungen selbst zum Erfolg verurteilt, auch wenn längst nicht mehr zu übersehen war, wie sehr russische Wirtschaftsstatistiken in den Traditionen des Grafen Potjomkin standen. Dieser Zweckoptimismus ist nicht mehr zu rechtfertigen.
2. Dennoch hat der IWF - abgesehen vom Motiv der Vermeidung eigenen Gesichtsverlusts - allen Grund, über die Konsequenzen einer Verweigerung des für 1995 zur Auszahlung anstehenden Kredits von 6,5 Mrd \$ nachzudenken. Das Argument kann nicht von der Hand gewiesen werden, daß die wirtschaftliche und innenpolitische Lage des russischen Staates zu ernst ist, um an den unrealistisch gewordenen wirtschaftspolitischen Konditionen für diese Maßnahme festzuhalten. Ohne die Kredittransfusion des IWF, die das Defizit zur Hälfte ausgleichen sollte, hätte dem russischen Staatshaushalt schon vor dem Kaukasusabenteuer jede Kalkulationsbasis gefehlt. Damals bestand eine geringe Chance zur Eindämmung der Kreditfinanzierung und der davon ausgehenden Inflationseffekte. Ob sie jetzt noch besteht, ist mehr als zweifelhaft; die russische Wirtschaft ist wieder auf Inflationkurs. Das Tempo der Inflation wird jedoch nach wie vor **auch** von der Verfügbarkeit zusätzlicher Kredite bestimmt.
3. Ein zentrales Argument für die Fortsetzung der währungspolitischen Unterstützung für Rußland ist schließlich das Eigeninteresse westlicher Handelspartner und Kreditgeber. Weder die öffentlichen noch die privaten Gläubiger der mittlerweile auf 90 Mrd \$ angewachsenen Hartwährungsschulden Rußlands können an einer Offenlegung der prekären Lage der russischen Außenwirtschaft interessiert sein, die am Rande der Zahlungsunfähigkeit manövriert. Nun wird die Auszahlung weiterer 6,5 Mrd \$ den russischen Staatshaushalt nicht mehr ins Lot bringen, denn allein schon der Kurssturz des Rubel hat die Grundlagen für dessen Berechnung längst zum Einsturz gebracht. Im Kern geht es deshalb um die psychologischen Rahmenbedingungen für Verhandlungen im Londoner und im Pariser Klub, die einen Rest an Vertrauen in die langfristige Zahlungsfähigkeit Rußlands brauchen.
4. Entgegen allen beschönigenden Erklärungen aus Moskau lassen bereits oberflächliche

Berechnungen des erkennbaren Schadens (Menschenverluste, Zerstörung an Infrastruktur, Produktionsanlagen und Wohnungsbauten, Verstärkung von Inflation und Spekulation sowie Belastungen benachbarter Regionen durch Flüchtlinge bzw. Unterbrechung von Transportwegen) wenig Zweifel daran, daß dieser gesamtwirtschaftlich relevante Dimensionen erreicht hat. Die Frage stellt sich, ob weitere Kredite nicht mit der Bedingung des möglichst raschen Wiederaufbaus Grosnyjs und der Entschädigung der Opfer verknüpft werden sollten. Auf diese Weise könnte vielleicht verhindert werden, daß eine zynische politische Führung in Moskau den Wiederaufbau anderen Prioritäten opfert, die den grassierenden Großmachtambitionen näherliegen. Zu prüfen bliebe in diesem Zusammenhang, ob man bereit ist, das "geostrategische" Konzept der umfassenden Kontrolle über die südlichen Nachbarn in der GUS abzuschreiben. Die rein wirtschaftspolitische Bedeutung Tschetscheniens für Rußland jedenfalls ist zu begrenzt, um auszuschließen, daß Grosnyj auf Dauer zur Geisterstadt verkommt.

Schlußfolgerungen

Die im Zusammenhang der Tschetschenienkrise gemachten Erfahrungen zwingen zu einer Revision grundlegender Annahmen über die Kompetenz und das Verantwortungsbewußtsein der russischen Führung. An der Notwendigkeit einer Fortsetzung der zwischenstaatlichen Kooperation darf kein Zweifel bestehen. Diese muß allerdings unter veränderte Vorzeichen gestellt werden. Die in der Vergangenheit vergebenen Vorschußlorbeeren müssen zu einem erheblichen Teil wieder eingesammelt werden.

Eine erste Schlußfolgerung ergibt sich aus dem erkennbaren Mangel an Kompetenz der Verantwortlichen. Zumindest der engste Kreis der für die Intervention Verantwortlichen in Moskau hätte sich keinen Illusionen über die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Risiken seiner Entscheidung hingeben dürfen. Wenn überhaupt an einer Stelle, dann mußte der seit neuem auch mit Fragen der wirtschaftspolitischen Strategie befaßte Sicherheitsrat des Präsidenten über ein einigermaßen realistisches Bild der wirtschaftlichen Realität verfügen. Was jetzt aus Moskau an Erklärungen für die Ineffizienz der militärischen Operation in Tschetschenien und an Einschätzungen der wirtschaftlichen Effekte an die Öffentlichkeit gegeben wird, deutet darauf hin, daß die Entscheidungsträger tatsächlich an einen begrenzten Charakter der Operation und einen hinnehmbaren Flurschaden in den internationalen Beziehungen glaubten. In keinem Fall war es ein Zeichen staatsmännischer Weisheit, unter solchen Bedingungen einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung in Gang zu setzen.

Sollte die russische Führung diese Risiken der Intervention aber kalkuliert haben, d.h. sehenden Auges eingegangen sein, so stellt sich die noch gravierendere Frage nach den Grundlagen für eine Kooperation, dem erforderlichen Grundvertrauen. Wenn die grundsätzliche Orientierung auf gemeinsame Standards der Menschenrechte sowie Vertragstreue in den internationalen Verträgen nicht mehr unterstellt werden kann, hat die russische Führung das Vertrauenskapital der letzten Jahre aufgebraucht. Angesichts der erkennbaren innenpolitischen Trends ist zudem davon auszugehen, daß sie mit Hinweis auf Großmachtstatus und Sonderprobleme auch künftig Sonderrechte in Anspruch nehmen werden. In der Diskussion der Möglichkeiten einer fortgesetzten Partnerschaft mit Rußland wird der Westen gut beraten sein, sich auch künftig auf ein von den Standards der internationalen Politik abweichendes Verhalten einzustellen. Ein Antwortverhalten des *Business as usual* darf deshalb nicht mehr als selbstverständlich gelten, denn der Partner Rußland ist nicht mehr berechenbar. Die Frage nach den Grenzen verständnisvoller, aber peinlicher Toleranz für einen Großmachtanspruch ohne politische und ökonomische Substanz muß jetzt beantwortet werden.

Am schwersten wiegen die Sorgen, die sich aus den unübersehbaren politischen Konsequenzen einer offenen Staatskrise in Rußland ergeben. An dieser Stelle muß unterschieden werden zwischen außen- und sicherheitspolitischen Risiken der sich abzeichnenden Krise des politischen Systems und andererseits den viel weiter reichenden Problemen einer Gefährdung der ungefestigten Staatlichkeit Rußlands. Letztere wiegen deutlich schwerer. Wenn die durchaus erfolgversprechenden Ansätze in Wirtschaft und Gesellschaft nicht zerstört werden sollen, dann müssen die bilateralen und multilateralen Programme zur Hilfe für die Modernisierung und Demokratisierung des russischen Staates eher verstärkt als eingeschränkt werden. Dies gilt insbesondere für den Transfer von demokratischem und marktwirtschaftlichem Know-how im Rahmen des TACIS-Programms der EU und des TRANSFORM-Programms der Bundesregierung. Ein Durchbruch in diesem Bereich wird freilich nur möglich, wenn kompetente und verantwortungsbewußte

Persönlichkeiten unter den Demokraten und in den russischen Medien an Einfluß gewinnen. Sie gilt es in ihrer Orientierung zu bestärken, es gilt ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern, bevor sich die restaurativen Tendenzen in Moskau endgültig verfestigen. Das Fazit heißt mehr Kooperation - freilich mit anderen Akzenten und anderen politischen Partnern, ergänzend und nicht als Ersatz für fortgesetzte Zusammenarbeit auf der Ebene zwischenstaatlicher Beziehungen.

Die neue Partnerschaft des Westens mit Rußland war keineswegs verfrüht, wie Brzezinski meint. Sie war überfällig und sie ist auch jetzt unverzichtbar angesichts der weltpolitischen Zusammenhänge und Abhängigkeiten. Aber nicht jede Politik Moskaus hat automatisch Partner im Westen; in der Orientierung auf Partnerschaft dürfen Grundsätze und Maßstäbe nicht aus den Augen verloren werden. Wenn Rußland in den internationalen Beziehungen eine herausragende Rolle beansprucht, so nimmt es auch erhöhte Verantwortung auf sich. Das neue Selbstbewußtsein wird deshalb auch keinen Schaden nehmen, wenn an die Entscheidungen seiner Führung Maßstäbe höherer Professionalität angelegt werden. Es tut der Größe Rußlands auch keinen Abbruch, wenn eine Verbesserung der Standards staatlicher Informationspolitik angemahnt wird. Und es entspricht den Pflichten einer echten Partnerschaft, die Probleme beim Namen zu nennen. Diplomatische Rücksichtnahme auf Moskauer Empfindlichkeiten aus alten Sowjetzeiten ist unter heutigen Bedingungen nicht nur verfehlt, sondern kontraproduktiv. Von außen wird niemand die russischen Politiker daran hindern können, ihre Wirtschaft und Gesellschaft weiter zu überlasten und ihr Land weiter zu isolieren. Aber es wäre ein nicht wieder gut zu machendes Versäumnis, die russische Öffentlichkeit nicht auf die Konsequenzen einer solchen Politik aufmerksam zu machen.

Heinrich Vogel

Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0945-4071